RP ONLINE



Mögliche Bodensenkungen im Stadtgebiet

# Xanten befürchtet Schäden durch den geplanten Salz-Abbau

9. Mai 2022 um 17:37 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Zwischen Rheinberg, Alpen und Xanten wird in einer Tiefe von bis zu 1000 Metern Salz abgebaut. Foto: Armin Fischer (arfi)

**Xanten. Xantens Verwaltung reagiert auf die Pläne von K+S, bis 2050 den Abbau unter städtischem Gebiet voranzutreiben. Sie schlägt der Kommunalpolitik vor, sich mit einer Resolution an die Landes- und Bundespolitik zu wenden.**

Von Markus Werning und Bernfried Paus

Der geplante weitere Salz-Abbau in der Region stößt in der Xantener Verwaltung auf erhebliche Bedenken. Durch die möglichen Bodensenkungen befürchtet sie Folgen für Straßen, Kanäle und Gebäude in der Stadt. Um darüber auch die Landes- und Bundespolitik zu informieren, schlägt sie der Kommunalpolitik eine Resolution vor. Dafür hat sie auch schon einen Entwurf vorgelegt. Der Planungsausschuss diskutiert in seiner Sitzung am 17. Mai darüber. Ende Mai stimmt der Stadtrat darüber ab.

Hintergrund sind die Pläne des Konzerns K+S, zwischen Xanten, Alpen und Rheinberg weitere Gebiete für den unterirdischen Abbau von Steinsalz zu erschließen. Dafür reichte das Unternehmen im Februar die erforderlichen Unterlagen bei der Bezirksregierung Arnsberg ein. Bevor die zuständige Bergbehörde aber über den Antrag entscheidet, können die sogenannten Träger öffentlicher Belange wie die betroffenen Kommunen Stellungnahmen zu den Plänen von K+S abgeben. Xantens Verwaltung hat der Kommunalpolitik deshalb auch dafür einen Entwurf vorgelegt. Über die neun Seiten lange Stellungnahme wird der Stadtrat ebenfalls in seiner Sitzung Ende Mai abstimmen.

INFO

**Auch Alpen hat sich positioniert**

**Politik** Alpens Gemeinderat wird keine Resolution gegen die Ausweitung des Salzbergbaus verfassen, sondern es bei einer kritischen Stellungnahme im Rahmen der Offenlage des K + S-Antrags für einen neuen Rahmenbetriebsplan belassen.

**Sorge** Der Bauausschuss brachte vergangene Woche die in der Verwaltung verfasste Stellungnahme einstimmig auf den Weg. Darin wird auf mögliche, heute teils kaum abschätzbare Folgen für den Grundwasserspiegel, den Hochwasserschutz, für Gebäude, Infrastruktur und die Natur verwiesen. Auch die kommunale Planung sei betroffen.

**Streitpunkt** Politisch unterstützt der Rat die Forderung nach einer Erfassungsstelle für vermeintliche Bergschäden. Dazu hat sich Stefan Weber, Leiter des Bergwerkes in Borth, bereit erklärt. Die auch von Alpen geforderte unabhängige Schlichtungsstelle aber lehnt Weber ab.

Die Resolution wird von der Verwaltung zusätzlich vorgeschlagen, um auch die Landesregierung, den Landtag, die Bundesregierung und den Bundestag über die Befürchtungen der Stadt zu informieren. Die Verwaltung will die Politik in Düsseldorf und Berlin dazu auffordern, „die Probleme anzuerkennen und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen“. Dazu formuliert sie vier Forderungen:

**Erstens** Bei der Beurteilung der Pläne von K+S soll auch „das Prinzip der Nachhaltigkeit“ berücksichtigt werden. Konkret geht es der Xantener Verwaltung darum, dass Rohstoffe effizienter eingesetzt werden, um den Verbrauch zu senken – und damit die Notwendigkeit für einen weiteren Abbau zu reduzieren.

**Zweitens** Die Verwaltung kritisiert, dass die Schäden an Gebäuden und der Infrastruktur, die durch Bodensenkungen entstehen können, bisher vom Bergbau-Unternehmen selbst – also vom mutmaßlichen Verursacher – und einem von ihm bestellten Markscheider beurteilt werden. „Der Schädiger selbst entscheidet über die angebotene Entschädigungshöhe.“ Eine neutrale Bewertung und Erfassung könne derzeit nur in Gerichtsverfahren erstritten werden. Die Verwaltung fordert deshalb „die Einrichtung einer zentralen Schlichtungsstelle für alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger, öffentliche Einrichtungen, Versorgungsträger und Kommunen“. Diese solle sich um Fälle kümmern, „in denen eine abschließende Bergschädensbeurteilung durch das Bergwerksunternehmen vorliegt und eine Einigung über die Ursache des Schadens oder den Umfang der Ersatzpflicht in angemessener Zeit nicht erzielt werden konnte“. Die Kosten der Schlichtungsstelle sollen von den Bergbauunternehmen getragen werden.

Das könnte Sie auch interessieren

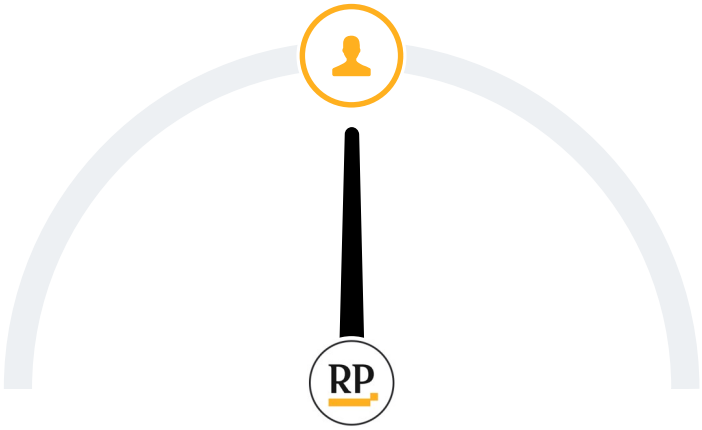
**Drittens** Die Verwaltung spricht sich dafür aus, dass die Bergbau-Unternehmen einen Fonds oder eine Stiftung anlegen, „damit daraus langfristig die über viele Jahrzehnte eintretenden Senkungsschäden und die Ewigkeitslasten geregelt werden können“. Denn die Firmen seien mit ihrem heutigen Handeln für die daraus entstehenden Kosten in der Zukunft verantwortlich. Umfang und Anlagestrategie des Fonds oder der Stiftung solle durch ein Gremium außerhalb der Bergbau-Unternehmen kontrolliert werden. Der Bund müsse dafür die rechtlichen Voraussetzungen schaffen.

**Viertens** Die Xantener Verwaltung hält es außerdem für notwendig, dass die bisherigen Verjährungsfristen „an reale Schadensverläufe im Salzbergbau“ angepasst werden. „Dadurch soll gewährleistet werden, das auch Schäden, die weit nach dem Abschluss des Salzbergbaus entstehen, vom Verursacher übernommen werden“, schreibt die Verwaltung. „Hierfür sollen Bundesregierung und Bundestag die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen.“ Bisher gilt eine Verjährungsfrist von maximal 30 Jahren nach Bergbau-Ende. Die Bodensenkungen könnten aber über einen Zeitraum von mehr als 100 Jahren eintreten, schreibt die Verwaltung. „Sie werden auch noch dann zu Schäden führen, wenn der Bergbaubetrieb längst eingestellt ist und die gesetzliche Verantwortung abgelaufen ist.“

In ihrem Entwurf für die Resolution geht die Verwaltung auch auf die wirtschaftliche Bedeutung des Salzbergbaus ein. Sie verstehe den Antrag von K+S als „Sicherung einer volkswirtschaftlich nachhaltigen Rohstoffversorgung“, schreibt sie. Durch den weiteren Abbau würden auch Arbeitsplätze gesichert. Grundsätzlich befürworte sie daher die Nutzung heimischer Rohstofflagerstätten, „jedoch unter gleichrangiger Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Belange“.

LIVE ABSTIMMUNG • 5989 MAL ABGESTIMMT

**Frage der Woche: Halten Sie einen Dritten Weltkrieg für möglich?**




Ja, die Gefahr besteht

Nein, das halte ich für unrealistisch

RP ONLINE

OPINARY.

Sollte die Bergbehörde das geplante Abbaufeld „Neues Westfeld“ genehmigen, werde künftig „unterhalb wesentlicher Teile des südwestlichen Stadtgebietes“ Salz abgebaut, erklärt die Verwaltung in den Unterlagen für den Stadtrat. Es sei davon auszugehen, dass die Arbeiten in bis zu 1000 Metern Tiefe „erhebliche Auswirkungen auf den zentralen Siedlungsbereich der Stadt Xanten haben wird“. Die prognostizierten Bodensenkungen würden „mit wenigen Zentimtern pro Jahr erfolgen und könnten mehr als 100 Jahre bis zur Bodenruhe andauern“. Die Verwaltung warnt vor „unumkehrbaren Veränderungen“ bei Grundwasser und Gewässern sowie vor „irreparablen Schäden an Gebäuden und kommunalen Infrastruktureinrichtungen“ wie Straßen, Abwasserkanälen und Sportplätzen. Die Unterlagen, die von K+S vorgelegt wurden, seien nicht geeignet, „die Bedenken der Stadt Xanten zu entkräften“. Die Verwaltung fordert deshalb, dass der Bergbau nur so weit vorangetrieben wird, dass eine weitere städtebauliche Entwicklung zu keiner Zeit beeinträchtigt werde.

(wer)